

## **Brücken bauen: Potenziale des Sozialen**

Der Paritätische stellt Jahresgutachten 2018 zur sozialen Lage in Deutschland vor

**Pressestatement von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, anlässlich der Pressekonferenz am 7. August 2018**

**Sperrfrist: 07. August 2018, 10 Uhr**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Wochen gab es in Deutschland vor allem zwei Themen, über die in der breiteren Öffentlichkeit intensiv geredet wurde: über den Umgang mit Menschen, die unter Gefahr für Leib und Leben auf der Flucht sind, und über das Wetter. Während die hohen Temperaturen tatsächlich spür- und greifbar sind, kann von einer sogenannten „Flüchtlingskrise“ in Deutschland weiterhin keine Rede sein. Im Juni 2018 stellten 11.509 Menschen in Deutschland einen Erstantrag auf Asyl. Knapp zwei Jahre zuvor, im Juli 2016, waren es noch 89.703, und auch diese Zahl hat Deutschland – nicht zuletzt mit Hilfe des Engagements der vielen tausend freiwillig Engagierten mit und in den gemeinnützigen sozialen Organisationen – in keiner Weise an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geführt. Wenn heute also fast alle von Zuwanderung und dem Wetter reden: wir nicht! Es gibt drängendere Themen in Deutschland. Dass das so ist, ist eine der Erkenntnisse aus dem heute vorgelegten Jahresgutachten.

Der Paritätische legt heute nun mit seinem Jahresgutachten schon zum fünften Mal eine Bestandsaufnahme des sozialen Zusammenhalts in Deutschland vor. Dahinter steht die Überzeugung: Nicht nur das Wetter, nicht nur die Konjunktur, nicht nur die Börse verdienen einen Index, ein Barometer, einen Seismographen für aktuelle Entwicklungen. Einen solchen Gradmesser verdient auch und gerade der soziale Zusammenhalt. Der soziale Zusammenhalt oder, technischer ausgedrückt, die „soziale Kohäsion“ ist eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität und damit für den sozialen Frieden. Gesellschaften mit größerem Zusammenhalt sind – wissenschaftlich belegt – produktiver, friedlicher, sie bewältigen Krisen besser und sie sind auch innovationsfreundlicher und leistungsfähiger. Der Europarat hat diesen sozialen Zusammenhalt definiert als „Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohlergehen all ihrer Mitglieder zu sichern und durch Minimierung von Ungleichheiten und Vermeidung von Marginalisierung Unterschiede und Spaltung zu bewältigen sowie die Mittel zur Erreichung des Wohlergehens aller zu gewährleisten.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Europarat 2010: Die neue Strategie des Europarates und Aktionsplan für soziale Kohäsion. S. 2.

Der Paritätische schließt in seinem Verständnis vom sozialen Zusammenhalt daran an und versteht diesen als eine normative Zielgröße staatlichen Handelns. Entscheidende Parameter sind dabei Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Wohlstand und am soziokulturellen Leben in der Gemeinschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse durch Bereitstellung sozialer Infrastruktur und Gewährleistung subjektiver Rechte, die auf Teilhabe und soziale Integration gerichtet sind. Der soziale Zusammenhalt wird gestärkt durch Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und am soziokulturellen Leben in der Gemeinschaft, durch die Bereitstellung sozialer Infrastruktur und durch die Gewährleistung subjektiver Rechte, die Partizipation und soziale Integration ermöglichen bzw. verbessern.

Politik muss sich daran messen lassen, ob und was sie zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes beiträgt. Der Paritätische will seinerseits dazu beitragen, diesen Beitrag transparent zu machen und darüber hinaus konkrete Vorschläge für eine Verbesserung des sozialen Zusammenhalts zu entwickeln. Mit seinem heute vorgelegten Jahresgutachten unternimmt der Paritätische dies nun schon zum fünften Mal.

Das Jahresgutachten ist, in gewohnter Weise, in drei Teile gegliedert:

1. in eine empirische Bestandsaufnahme anhand ausgewählter wirtschaftlicher Kennziffern, die für den sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft wichtig sind,
2. in eine Zusammenfassung und Bewertung der gesetzgeberischen Tätigkeit im Berichtszeitraum mit Blick auf die Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in
3. aktuelle Handlungsempfehlungen an die Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

## **Positive Befunde des Jahresgutachtens**

Im zurückliegenden Jahr ist die Zahl der Erwerbstätigen erneut gestiegen, von 43,6 Millionen auf 44,3 Millionen. Das sind gut 700.000 Menschen mehr als im Jahr davor. Der größte Teil davon, fast 40 Millionen Menschen, sind abhängig beschäftigt. Zum fünften Mal in Folge ist darunter die Quote der Teilzeitbeschäftigten gewachsen. Heute arbeiten 39,1 Prozent der Beschäftigten nur in Teilzeit. 4,3 Millionen Menschen sind selbstständig tätig. Von der gewachsenen Zahl an Beschäftigten arbeitet ein erheblicher Teil – etwa ein Viertel – in den Bereichen des Sozialwesens sowie in den Erziehungs- und Gesundheitsdiensten, in denen etwa 150.000 Menschen mehr als im Vorjahr beschäftigt sind. Das sind qualifizierte, sinnstiftende Beschäftigungsverhältnisse, die den sozialen Zusammenhalt in Deutschland ganz praktisch mit fördern. Sie sind, wie die Zahlen zeigen, aber dazu auch ein unverzichtbarer Motor für die gute Wirtschaftsentwicklung.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebenfalls gestiegen ist, um 600.000 auf fast 31,7 Millionen Menschen. Dazu ist der Anteil der Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, nach den neuesten Zahlen zwar gesunken. Fakt bleibt aber: 22,6 Prozent der Beschäftigten – mehr als ein Fünftel – arbeitet im Niedriglohnbereich mit einem Stundenlohn von unter 10,50 Euro.

Was angesichts der positiven Zahlen, auch der vergangenen Jahre, allerdings deutlich wird, ist, dass die genannten positiven Entwicklungen an vielen Menschen vorbeigehen. Es gibt nicht nur zu viele Menschen, die von ihrem Lohn allein nicht leben können oder keine armutsfesten Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung erwerben können. Die positive Entwicklung geht auch an der Mehrheit der Arbeitslosen vorbei. Seit 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 2,7 Millionen Menschen gewachsen, die Zahl der Arbeitslosen aber nur um eine 440.000 gesunken.

Eine wichtige Zahl ist auch die der Menschen, die auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, das sind heute etwa 9,5 Prozent der Bevölkerung. Ihre Zahl ist seit 2010 von damals 7,18 Millionen auf heute 7,86 Millionen Menschen angestiegen. Da sind nicht diejenigen mitgezählt, die allgemein von Leistungen der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung leben, sondern nur diejenigen, die nicht mehr als die staatliche Grundsicherung – das bloße Minimum – zum Leben haben und damit in Armut leben. Und selbst da reden wir nur von der Zahl der tatsächlichen Leistungsempfänger und nicht von denjenigen, die – wie etwa Kinderzuschlagsempfänger – kaum besser gestellt sind, aber in den Statistiken nicht berücksichtigt werden. Und wir reden auch nicht von den Leistungsberechtigten, die aus Unwissenheit, Scham oder Stolz darauf verzichten, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Das sind etwa 40 bis 60 Prozent der Berechtigten. Diese Menschen dabei zu unterstützen, zu ihrem Recht zu kommen, gehört zu den drängenden Herausforderungen der Gegenwart!

Wie stark soziale Lagen den sozialen Zusammenhalt gefährden und wie unterschiedlich sich die soziale Situation in den Bundesländern darstellt, zeigen Daten der amtlichen Statistik, die die Paritätische Forschungsstelle aus Anlass der heutigen Pressekonferenz genauer aufgeschlüsselt hat. Daraus folgt: Wir haben einen erheblichen Handlungsbedarf, und der liegt in der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes durch eine bessere offensive Sozialpolitik, die ihren Schwerpunkt auf vernachlässigte Gruppen und Sozialräume legt. Denn was bewegt die Menschen in Deutschland? In einer am 15. Juli 2018 veröffentlichten, repräsentativen Emnid-Umfrage zu den aus Sicht der Bevölkerung drängendsten politischen Themen wurde die Vermeidung von Altersarmut als wichtigstes politisches Ziel identifiziert. 79 Prozent der Befragten sahen dies als wichtiges Anliegen, dicht gefolgt von der Herstellung gleicher Bildungschancen (76 Prozent). Gegenüber einer gleichartigen Emnid-Umfrage aus dem August 2017, in der die Herstellung gleicher Bildungschancen (75 Prozent) und die Verhinderung von Altersarmut (70 Prozent) als wichtigste Themen bezeichnet wurden, hat die Relevanz der Alterssicherung in der Bevölkerung nochmals zugenommen. Zum Vergleich: Eine Begrenzung der Zuwanderung sahen die Befragten in keiner der beiden Umfragen als vorrangiges Thema. Mit 39 Prozent der Bevölkerung schätzte nicht einmal die Hälfte der 2018 Befragten die Bedeutung des Themas als besonders wichtig ein, das entsprach Platz 13 von 20 genannten Themen.

Es sind vor allem soziale Fragen, die die Menschen bewegen: Wie können wir Wohnungsmangel und Mietpreissteigerungen beseitigen? Wie gewährleisten wir, dass Erziehung und Pflege auch künftig mit hohen qualitativen Standards und für jedermann gewährleistet sind? Wie vermeiden wir Kinderarmut und wie bringen wir bei diesen guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch mehr Menschen erfolgreich in Arbeit?

Wenn trotzdem immer wieder über Migration und Flucht gesprochen wird und wenn dabei Begriffe genutzt werden, die inhaltlich falsch, sprachlich unangemessen und absichtsvoll diskreditierend sind, dann ist das nicht nur schäbig, es lenkt auch von den tatsächlichen – und drängenden! – Sorgen und Anliegen der Menschen in Deutschland ab. Und: Es gefährdet den sozialen Zusammenhalt! Das ist fatal, denn sozialer Zusammenhalt ist nichts, was wir als selbstverständlich voraussetzen können. Es ist etwas, wofür wir streiten, für das wir eintreten und uns engagieren müssen. Es kommt nicht von ungefähr, dass der im März 2018 geschlossene Koalitionsvertrag im Titel die Zielbestimmung in sich trägt: „Ein neuer Zusammenhalt für unsere Land“. Es ist kein Zufall, dass das neue „Heimatministerium“ schon in seinem Aufbau auf „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ ausgerichtet ist. Und es wundert auch nicht, dass die Bundesregierung nun sogar ein „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ gründet, in dessen Ausschreibungsunterlagen wesentliche Krisensymptome benannt werden: Die „Auflösung traditioneller Milieus“, die „Entkopplung zwischen Eliten und sogenannten ‚sozialen Verlierern‘“, „Desintegrationsprozesse und eine generelle Verunsicherung“. Es ist kein gutes Zeugnis, dass die Warnungen vor einer Erosion des sozialen Zusammenhaltes, wie sie auch der Paritätische in den zurückliegenden Jahresgutachten immer wieder formuliert hat, erst dann ernst genommen wurden, als eine rechtsextreme Partei in einem Ausmaß Ressentiments mobilisierte, wie wir es in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg noch nicht erlebt haben.

Die Ursachen, aber auch die Folgen sind nicht die Sache einzelner Gruppen oder Generationen, sondern Sache der gesamten Gesellschaft. Das möchten wir Ihnen mit neuen Zahlen belegen. Die Paritätische Forschungsstelle hat es aktuell unternommen, die Daten des Sozio-oekonomischen Panels auszuwerten, einer durch das DIW durchgeführten repräsentativen Wiederholungsbefragung von über 12.000 Privathaushalten. Leitfrage war: Wie steht es um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Dabei wurde bei der Auswertung unterschieden, wie diejenigen den sozialen Zusammenhalt beurteilten, die selbst armutsbetroffen sind und wie diejenigen urteilten, die nicht zu dieser Gruppe zählten. Der alarmierende Befund dabei ist: Etwa 90 Prozent der Bevölkerung sorgen sich um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Deutlich mehr als ein Drittel macht sich dabei große Sorgen um den Zusammenhalt.

Dabei waren es 87,9 Prozent der Armutsbetroffenen, die sich um den sozialen Zusammenhalt sorgten, aber sogar 89,6 Prozent der nicht von Armut betroffenen Menschen. Das zeigt: Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt bewegt die Bevölkerung insgesamt, unabhängig von der eigenen Einkommenssituation.

Dass soziale Sorgen derart weit verbreitet sind, liegt daran, dass alle Menschen in ihrem Umfeld ganz konkret mit sozialen Lagen konfrontiert sind, in denen Unterstützung und Hilfe notwendig sind. Egal, ob es um den dringend benötigten Platz in einer Kindertagesstätte, um die Organisation von guten Pflegeleistungen für Nachbarn und Angehörige geht, ob es um die Vermeidung von Einsamkeit, die Herstellung barrierefreier Teilhabemöglichkeiten am Leben in der Gemeinschaft, um die Bekämpfung von Armut oder die medizinische Versorgung auf dem Land geht: Der Zustand der sozialen Infrastruktur und die Gestaltung der Sozialpolitik bewegt alle in Deutschland. Und deshalb muss der politische Fokus vorwiegend darauf gerichtet sein.

## **Sozialer Zusammenhalt braucht eine andere Sozialpolitik**

Das Jahresgutachten zeigt: In der Gesetzgebung der vergangenen Jahre gibt es ein doppeltes Defizit. Es fehlt an politischen Maßnahmen, die gezielt darauf gerichtet sind, gerade besonders von Einkommensarmut betroffene oder gefährdete Personengruppen zu unterstützen. Und es fehlt am politischen Willen, die bestehende Ungleichheit durch eine stärkere Besteuerung leistungsfähiger Bevölkerungsgruppen beseitigen zu helfen.

Wir brauchen deshalb ein soziales Reform- und Investitionsprogramm zur Sicherung des sozialen Zusammenhaltes in Deutschland. Zentrale Bestandteile sind aus Sicht des Paritätischen:

- Um eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung zu bekommen, ist schon heute ein Lohn von mindestens 12 Euro pro Stunde notwendig. Wir brauchen deshalb Mindestlöhne, die für alle, die in ihrem Erwerbsleben vollzeitbeschäftigt sind, ein ausreichendes, deutlich über der Grundsicherung liegendes Einkommen im Erwerbsleben und im Alter sichern.
- Die Zahl der auf Mindestsicherungsleistungen angewiesenen Menschen ist viel zu hoch. Wir müssen deshalb die vorrangigen Sicherungssysteme, wie die Arbeitslosen- und Rentenversicherung – massiv stärken. Nicht einmal 30 Prozent der registrierten Arbeitslosen bekommen auch Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Wir müssen die Rahmenfrist – der Zeitraum, in dem man zwölf Monate beschäftigt gewesen sein muss, um Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu erwerben – von zwei auf drei Jahre erweitern und die Dauer des Arbeitslosengeldanspruchs auf bis zu drei Jahre verlängern. Und wir brauchen schon angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung eine Qualifizierungsoffensive, gerade für langfristig arbeitslose Menschen.
- Wir brauchen ein dichter gewobenes und mit besseren Leistungen ausgestattetes Netz von Grundsicherungsleistungen, das den Anspruch einlöst, Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft tatsächlich einlösen zu können – mit Regelleistungen von mindestens 571 statt, wie bisher, 416 Euro.
- Wichtig ist der Auf- und Ausbau der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in der Fläche, um die Versorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen und damit gleichermaßen einen Beitrag zu leisten, Regionen lebendig zu gestalten und auch jungen Menschen dort Perspektiven für die Zukunft bieten zu können.
- Die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ist dringend zu verbessern. Das gilt etwa im Bereich der Kindertagesbetreuung. Vielerorts bestimmt die Kassenlage, nicht der Bedarf, über das Angebot - trotz des bestehenden Rechtsanspruchs. Die Vielfalt der unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen vor Ort führt dazu, dass gute Bildungs- und Betreuungsangebote häufig von der Postleitzahl abhängen. Wir brauchen deshalb einheitliche Rahmenbedingungen, die Beitragsfreiheit für Kinder aus einkommensarmen Familien ebenso wie die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind und eine gute Qualität der Angebote sicherstellen.

- Wir brauchen ein ausreichendes Maß an sozialer Beratung, flächendeckend. Das gilt gerade auch in der Schuldnerberatung. In Deutschland sind fast sieben Millionen Menschen über 18 Jahren überschuldet. Sie brauchen Unterstützung und Beratung, die sie jedoch häufig nur gegen Entgelt oder nach mehrwöchigen Wartezeiten erhalten. Soziale Schuldnerberatung begleitet und stabilisiert Menschen, die überschuldet sind, und unterstützt sie bei der Abtragung. Auch für diese Leistung muss ein Rechtsanspruch eingeführt werden.
- Wir brauchen eine soziale Investitionsoffensive der Städte und Gemeinden, etwa durch den Aufbau bzw. der Sicherung von Begegnungsstätten vor Ort. Nachbarschaftshäuser, Bürgerzentren, Dorf- und Stadtteilläden sind Orte der gemeinsamen Aktivität, des Austauschs und der Teilhabe. Der Paritätische tritt deshalb dafür ein, entsprechende Kümmerer-Strukturen vor Ort über Förderprogramme finanziell abzusichern.
- Wie wir wissen, ist die Sicherheit vor Armut im Alter das drängendste Thema in der Bevölkerung. Wir müssen diese Sorgen endlich ernst nehmen. Der Paritätische hat dazu eine klare, aber auch weitreichende Forderung: Wir müssen unser Alterssicherungssystem vom Kopf auf die Füße stellen und vor allem für ein armutsfestes, lebensstandardsicherndes Fundament sorgen. Das geht nur mit der gesetzlichen Rentenversicherung. In den zurückliegenden Jahren wurde die Rentenversicherung geschwächt und vernachlässigt, durch Reformen zu Gunsten der Betriebsrenten und privaten Vorsorge. Die staatliche Förderung dafür soll stattdessen an anderer Stelle investiert werden: zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und Wiedereinführung eines Rentenniveau von 53 Prozent.

Viele andere, ähnlich wichtige Herausforderungen stehen an, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu erhalten bzw. zu stärken. Weder der Staat noch der Markt sind in der Lage, diese Aufgaben zu lösen. Das geht nur mit Hilfe der gemeinnützigen soziale Einrichtungen und Dienste, wie sie in den Wohlfahrtsverbänden organisiert sind. Angesichts der Erosion des sozialen Zusammenhalts müssen heute alle Institutionen und Einrichtungen gestärkt werden, die integrativ wirken, die einschließen statt ausgrenzen, die Gemeinschaft stiften und Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus verschiedenen sozialen Milieus zusammenführen.

Jugendzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren, Altenclubs, Teestuben, Mutter-Kind-Zentren, Freiwilligenagenturen, psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sowie Bürgerbüros sind die eigentlich systemrelevanten Institutionen eines sozialen Gemeinwesens. Dabei sind ihre Kosten vergleichsweise gering, ganz im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Kosten, die es mit sich bringt, auf sie zu verzichten.